N°14 Berlin Review Okt. 2025

Essay

A. Dirk Moses

Erziehung nach Gaza nach der Erziehung nach Auschwitz

Aus dem Englischen von André Hansen

Read this article in English

Veröffentlicht am 02.09.2025

> *Stets hat der blind Mordlustige im Opfer den Verfolger gesehen, von dem er verzweifelt sich zur Notwehr treiben ließ, und die mächtigsten Reiche haben den schwächsten Nachbarn als unerträgliche Bedrohung empfunden, ehe sie über ihn herfielen.*
> —Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung*

Diesen Sommer habe ich zwei Monate als Fellow am Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung (PRIF) in Frankfurt verbracht und war direkt neben der Goethe-Universität untergebracht. Wissenschaftliche Veranstaltungen und Termine führten mich regelmäßig durch die angrenzenden Parks zum attraktiven Campus Westend mit dem IG-Farben-Haus, einem imposanten Bauwerk, das der damals größte Chemie- und Pharmakonzern der Welt 1930 errichtet hatte. Berüchtigt ist die IG Farben für ihre Kollaboration mit dem Naziregime, unter anderem in Auschwitz, wo der Konzern Zyklon B lieferte und in einem gigantischen Werkslager Zwangsarbeiter einsetzte. Die US-Armee nutzte Gebäude und Gelände als Militärbasis, und nach dem Kalten Krieg gingen sie an die Universität über.

Schnell wurde deutlich, dass sich dieser Campus von vielen anderen deutschen Hochschulen unterscheidet. Überall finden sich Spuren der Frankfurter Schule der Kritischen Theorie – des berühmten Instituts für Sozialforschung: der Theodor-Adorno-Platz, ein gläserner Neubau für das wohl prestigeträchtigste

Spin-off des Instituts, das Forschungszentrum Normative Ordnungen. Passenderweise ist seine Adresse die Max-Horkheimer-Straße 2, nur wenige Schritte vom Adorno-Denkmal entfernt, einem großen Glaskubus, in dem der imaginierte Schreibtisch des Philosophen steht.

Diese Anerkennung und Erinnerung tragen zur deutschen Rehabilitation nach dem Nationalsozialismus nicht durch Verdrängung bei, sondern durch ein aufpoliertes Erinnern: Eine Universität, deren zentrales Gebäude von einem Unternehmen errichtet wurde, das in die schlimmsten NS-Verbrechen verstrickt war, ehrt zwei jüdische Gelehrte, die zur Emigration gezwungen wurden – Horkheimer verlor damals seine Professur –, und die nach Frankfurt zurückkehrten, um ihre kritische Arbeit wiederaufzunehmen. Sie werden als Juden geehrt, nicht als Marxisten; nur jene Zuschreibung vermag die gewünschte Absolution zu leisten. Die Präsenz des jüdischen intellektuellen Erbes auf dem Campus verkörpert deutsche Identität nach dem Holocaust, indem sie eine moralisch tragfähige Universität ermöglicht. NS-Belastung und ihr Gegenbild teilen sich so denselben Raum, eine Spannung, die nur eine selbstbewusste normative Ordnung zu bewältigen vermag.

In den Bundestagsreden deutscher Politiker:innen anlässlich der jährlichen Feier zur Gründung Israels heißt es ausdrücklich: Angesichts des nationalsozialistischen Vernichtungsprojekts kann Deutschlands historische Aufgabe nur darin bestehen, die Wiederentstehung jüdischen Lebens in Deutschland und in Israel zu unterstützen. Mit Israels Freundschaftsgabe – und der Rückkehr Horkheimers und Adornos an die Universität – erhielt Deutschland mitsamt seinen Hochschulen eine zweite historische Chance auf der internationalen Bühne. Das Postulat der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Sicherheit Israels sei Teil der deutschen Staatsräson, bringt die wesentliche Rolle Israels für die Ermöglichung und Stabilisierung der bundesrepublikanischen Identität auf den Punkt.

Eine soziologische Untersuchung über das politische Bewusstsein Frankfurter Studenten

Diese Infrastruktur existierte zu großen Teilen noch nicht, als ich Ende der 1990er Jahre den alten Campus Bockenheim besuchte, um für meine Dissertation mit dem ehemaligen Direktor des Instituts für Sozialforschung Ludwig von Friedeburg (1923–2010) zu sprechen. Der Sohn des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, selbst ehemaliger U-Boot-Kommandant, berichtete, er sei nach dem Krieg zur kritischen Sozialforschung gekommen, um seine Erlebnisse zu verstehen. Ich war damals nach Frankfurt gereist, um mit ihm über ein Buch zu sprechen, das er 1961 zusammen mit Jürgen Habermas und anderen veröffentlicht hatte: *Student und Politik*, eine Untersuchung, die die empirische Forschungslinie der ersten Generation Kritischer Theoretiker fortsetzte. Der Untertitel lautete: *Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten*. Die Autoren hatten Studierende

befragt, um ihre demokratische politische Haltung zu überprüfen. Die Ergebnisse waren ernüchternd.

Die Autoren stellten fest, dass die Mehrheit der Studierenden, die während des Krieges geboren waren, keine besondere Bindung an die Demokratie hatte, und sie zweifelten, ob diese jungen Westdeutschen die republikanischen Institutionen verteidigen würden, falls erneut antidemokratische Kräfte erstarkten. Habermas bemerkte, viele Studierende hegten pragmatische, potenziell autoritäre Ansichten, die frei von utopischen Impulsen seien. Die Studierenden, so schloss von Friedeburg, hätten aus der NS-Erfahrung keinerlei Lehren gezogen; sie seien einem «Konsumzwang» ausgeliefert und würden von der «Kulturindustrie» eingelullt. Daher müsse Bildung einen «kritischen» Ansatz verfolgen, ein Projekt, das von Friedeburg in seiner Zeit als hessischer Kultusminister der SPD zwischen 1969 und 1974 umzusetzen versuchte, als er das dreigliedrige Schulsystem (Gymnasium, Realschule, Hauptschule) durch die Einführung von Gesamtschulen ergänzte.

Die Analyse stützte sich selbstverständlich auf Horkheimer und Adorno, vor allem auf *Dialektik der Aufklärung* (1944/1947) und *The Authoritarian Personality* (1950), eine mehrbändige empirische Untersuchung, die Adorno an der University of California, Berkeley, im Rahmen des Projekts «Studies in prejudice» begonnen hatte. Das Problem des westdeutschen Autoritarismus beschäftigte Habermas (seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre Adornos Assistent), von Friedeburg und ihre Mitstreiter – und auch ein weiteres ehemaliges Institutsmitglied, Franz L. Neumann (1900–1954), schrieb dazu in *Demokratischer und autoritärer Staat* (1957). Eine Welle antisemitischer Vorfälle in der Bundesrepublik, in Großbritannien und in den USA im Jahr 1959 sowie der wachsende Zulauf für rechtsextreme Politik beunruhigten Adorno zutiefst. Im selben Jahr wandte er sich im Radio mit dem Vortrag «Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit» an die Öffentlichkeit und wetterte gegen das weitverbreitete Bedürfnis, endlich «einen Schlußstrich» zu ziehen. «Der Nationalsozialismus lebt nach», ruft er in Erinnerung und meint, «verkappte faschistische Erneuerungen» würden «Krieg, Leiden und Mangel unter einem Zwangssystem» verursachen, wenn man sich mit den hinter dem Nationalsozialismus stehenden Kräften nicht auseinandersetze. Sechs Jahre später entfaltete er diese Gedanken in einem weiteren Radiovortrag unter dem Titel «Erziehung nach Auschwitz». Diese Texte sind in den Kanon der Bundesrepublik eingegangen und prägen seither die (Um-)Erziehung, mit der junge Deutsche gegen den Nationalsozialismus immunisiert werden sollen.

Die Dialektik der (Um-)Erziehung

An diese Essays erinnerte ich mich, als ich am Adorno-Denkmal, mittlerweile ein beliebter Treffpunkt, auf Kollegen wartete. Auf dem hinter Glas inszenierten Schreibtisch liegen die Spuren angestrengter Arbeit, als wäre der Philosoph nur kurz ins nahegelegene Restaurant Sturm und Drang gegangen. Was würde er

mir sagen, fragte ich mich, wenn er jetzt hier säße? Wie würde er angesichts seiner eigenen Ambivalenz gegenüber der Studentenbewegung der späten 1960er Jahre die Reaktionen des Staats und der deutschen Universitäten auf die seit Ende 2023 andauernden propalästinensischen Studierendenproteste beurteilen? Was würde er zum israelischen Zerstörungskrieg in Gaza sagen und zur Staatsräson der deutschen Regierung, ihrem nahezu bedingungslosen Rückhalt für Israel? Diese Fragen stellen sich heute viele, und deshalb müssen wir uns genauer mit Adornos «Erziehung nach Auschwitz» befassen.

Vieles in diesem Text ist erwartungsgemäß gealtert, etwa seine starke Anlehnung an Freuds *Das Unbehagen in der Kultur*, womit er die wachsende gesellschaftliche Frustration als Ursprung faschistischer Potenziale erklärt. Hier zeigt sich Adornos Abneigung gegen plebejerhafte und «mobartige» Aktionen in der Gesellschaft: «Rowdys» unter den Bauern und Arbeitern sah er als ein großes Problem, er forderte sogar die «Entbarbarisierung des Landes». Zugleich ist vieles überraschend aktuell und erkenntnisreich. So sehr Adorno auch betonte, dass der Holocaust moralisch und historisch einzigartig sei, so wies er doch darauf hin, dass Barbarei – der altmodische Begriff, den er in der Tradition Rosa Luxemburgs verwendete («Sozialismus oder Barbarei?», fragte sie 1915 die Europäer) – weit über Auschwitz hinausging. Ihr Potenzial sei der bürgerlichen Zivilisation inhärent: daher die *Dialektik der Aufklärung*. Adorno schreibt, dass die Atombombe «in denselben geschichtlichen Zusammenhang hineingehört wie der Völkermord» und der Völkermord «seine Wurzel in jener Resurrektion des angriffslustigen Nationalismus [hat], die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in vielen Ländern sich zutrug». In seinen Vorlesungen des Vorjahres (*Metaphysik: Begriff und Probleme*) bezog er sich auch auf Vietnam. Gemeinsam bildeten sie eine «höllenhafte Einheit». Folgerichtig war Antisemitismus für ihn kein singuläres Ressentiment, sondern verbunden mit dem, was er und Horkheimer «Ticketmentalität» nannten: die Verknüpfung mit dem Hass auf andere Gruppen. Wie sie in der *Dialektik der Aufklärung* schrieben, sind die Opfer nicht nur austauschbar, sondern sie können selbst zu Tätern werden, sobald sie glauben, die Norm zu vertreten und durchsetzen zu können.

> «Erst die Blindheit des Antisemitismus, seine Intentionslosigkeit, verleiht der Erklärung, er sei ein Ventil, ihr Maß an Wahrheit. Die Wut entlädt sich auf den, der auffällt ohne Schutz. Und wie die Opfer untereinander auswechselbar sind, je nach der Konstellation: Vagabunden, Juden, Protestanten, Katholiken, kann jedes von ihnen an Stelle der Mörder treten, in derselben blinden Lust des Totschlags, sobald es als die Norm sich mächtig fühlt.»

In der Denkweise seines Freunds Walter Benjamin verstand Adorno die Nazibarbarei als ein vom Gesamtsystem ausgehendes Phänomen – als Teil einer einzigen historischen Katastrophe, die sich auf unterschiedliche Weise manifestierte. In diesem entscheidenden Punkt unterscheidet sich Adorno von

der dominanten deutschen Sicht, die den Holocaust als gegenaufklärerisches Verbrechen auffasst, das allein durch Antisemitismus motiviert war – ein «Zivilisationsbruch», wie Dan Diner schreibt. Das würde implizieren, dass der Kampf gegen Antisemitismus allein die zentrale Lehre aus dem Nazigenozid wäre. Wird Adornos Position in den Dienst einer deutschen Ideologie der Holocaust-Singularität gestellt, wird dies der Komplexität und der aktuellen Dringlichkeit seiner Überlegungen nicht gerecht.

Ein neuer kategorischer Imperativ

In seiner *Negativen Dialektik*, ebenfalls 1966 erschienen, formulierte Adorno einen «neuen kategorischen Imperativ«: «die Gedanken und Handlungen so einzurichten, daß Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.» Gemeint war damit nicht nur der Holocaust, sondern das System, das «Konzentrationslager» hervorbringt und «Tortur als Dauerinstitution», so hatte er es seinen Studenten im Jahr zuvor erklärt. Dieses System produziert seither unaufhörlich Lager und institutionalisierte Folter – in Abu Ghraib, in Xinjiang, in Darfur und heute in Gaza. Diese Einsicht, von Theoretikern wie Zygmunt Bauman ausgearbeitet, inspirierte Jonathan Glazer zu seinem Film *The Zone of Interest*, der die willentliche Ignoranz ins Bild setzt, durch die Auschwitz erst möglich wurde.

Da Adorno sich keine Illusionen darüber machte, dass Bildung die materiellen Bedingungen ändern könnte, die zu Auschwitz, Hiroshima und Vietnam geführt hatten, setzte er die Hoffnung zumindest darauf, dass sie die Deutschen befähigte, barbarischen Befehlen von oben zu widerstehen. Auch wenn er jeden «Psychologismus» zurückwies, so meinte er doch, dass eine angemessene Erziehung nach Auschwitz «kritische Selbstreflexion» einüben könne – als Gegengift gegen autoritäre Dispositionen in der deutschen Persönlichkeitsstruktur. Er hob die «Kälte» als allgemeines Merkmal bürgerlicher Gesellschaften hervor, das in Deutschland besonders ausgeprägt sei: jene Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal anderer, ohne die Auschwitz nicht möglich gewesen wäre. Wie Alexander und Margarete Mitscherlich ein Jahr später in ihrem berühmten Buch *Die Unfähigkeit zu trauern* wies auch Adorno auf weitere Merkmale dieser Persönlichkeitsstruktur hin: das kulturelle Ideal von «Härte» und «Männlichkeit», verkörpert im «manipulativen Charakter», dessen Organisationswut im Angesicht der furchtbaren Sachzwänge der Realpolitik genozidale Projekte antreibe. Er identifizierte den Drang, andere rücksichtslos «fertigzumachen», als besonders gefährliches Attribut solcher Charaktere. Solche Menschen seien in Westdeutschland allzu verbreitet.

Die notwendige «Widerstandskraft» – so der Ausdruck in Adornos Essay – gegenüber solchen kulturellen Normen bestand darin, sie «kritisch zu behandeln». Hier griff er den «respektablen Begriff [...] der Staatsraison» wegen seines barbarischen Potenzials heraus: «indem man das Recht des Staates über

das seiner Angehörigen stellt, ist das Grauen potentiell schon gesetzt.» Widerstand gegen die Staatsräson zu trainieren, war für ihn ein zentraler Bestandteil jeder Erziehung nach Auschwitz.

Möglicherweise ließ er sich dabei auch von Eleonore Sterling (geborene Oppenheimer, 1925 in Heidelberg, gestorben bereits 1968 mit nur 43 Jahren) beeinflussen, die ein Jahr zuvor in der *Zeit* die sich verbreitende Ansicht kritisiert hatte, der Antisemitismus sei verschwunden. Mit Bezug auf die Umfragen zum «Gruppenexperiment» des Instituts für Sozialforschung von 1950/51 wies sie auf dieselben antidemokratischen Potenziale hin, die Habermas und von Friedeburg in *Student und Politik* beschrieben hatten. Weil auch die Nachbarstaaten diese Potenziale registrierten, meinte sie, sei die Bundesrepublik gezwungen gewesen, ihre «Demokratie und Humanität» mit «Symbole[n] und Ersatzhandlungen» unter Beweis zu stellen. Juden kam dabei eine wichtige Rolle zu: «Dies gilt unter anderem auch für den in der Bundesrepublik so fleißig propagierten Philosemitismus. Er hat eigentlich weniger mit den Juden, dafür mehr mit Staatsräson und Außenpolitik zu tun.» Auch für sie war die Staatsräson stärker von deutschen Interessen getrieben als vom Wohlergehen der Juden in Deutschland.

«Nie wieder» – deutsche zivilisierte Barbarei

Angesichts der genozidalen Vernichtung Gazas durch Israel – bezeugt von israelischen Menschenrechtsorganisationen und mittlerweile selbst von unerschütterlichen zionistischen Autoren wie David Grossman, ganz zu schweigen von zahllosen Wissenschaftlern und NGOs zuvor – stellt sich die Frage: Was kann Adornos Essay den deutschen Politikern beibringen? Ich konzentriere mich auf die politische Klasse, denn während bis zu 80 Prozent der Bevölkerung die genozidale Offensive ablehnen, liefert die Bundesregierung mit Rückendeckung großer Teile der Presse-, Kultur- und Hochschullandschaft weiterhin Waffen an Israel und leistet diplomatische Schützenhilfe, trotz (oder gar wegen) internationaler Strafverfahren wegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Ohne eine solche Unterstützung könnte der genozidale Krieg nicht geführt werden. Insoweit handelt es sich auch um ein US-amerikanisches und deutsches Vorhaben. Und dieses dauert an, obwohl die deutsche Öffentlichkeit mit zunehmender Sorge auf die israelische Hungerblockade schaut und die Bundesregierung im August 2025 Waffenlieferungen in sehr begrenztem Umfang aussetzte. Wie eh und je unterdrücken Staatsvertreter auf allen Ebenen den Widerstand gegen diese Politik unter dem Vorwand des Kampfs gegen Hamas-Sympathien und im Namen der Staatsräson.

Tatsächlich sind die Probleme, die Adorno vor über fünfzig Jahren identifiziert hat, nicht nur heute noch erkennbar, sondern sie werden in einer perversen Dialektik durch eine offizielle Geschichtspolitik in die Gegenwart hinein verlängert, die vorgibt, seine Lehren zu vertreten: «Nie wieder Auschwitz.» Die

Kontinuitäten sind unübersehbar: die erschreckende Kälte der christlichen deutschen Eliten gegenüber dem Leid der Palästinenser; die unkritische Wiederholung und Verstärkung israelischer Regierungssprecher-Phrasen durch die Leitmedien, von wenigen Ausnahmen abgesehen; die Forderung nach harten militärischen Maßnahmen zur Unterstützung der Zerstörung Gazas ungeachtet humanitärer Bedenken. All dies verkörperte die damalige Außenministerin Annalena Baerbock in ihrer eisigen Rede am 10. Oktober 2024, als sie den Tod palästinensischer Zivilisten rechtfertigte, indem sie fadenscheinige israelische Vorwände wiederholte:

> «Daher haben wir es immer wieder deutlich benannt: Selbstverteidigung bedeutet natürlich, dass man Terroristen nicht nur angreift, sondern zerstört. Deswegen habe ich so klar und deutlich gemacht: Wenn Hamas-Terroristen sich hinter Menschen, hinter Schulen verschanzen, dann kommen wir in ganz schwierige Bereiche. Aber wir ducken uns davor nicht weg. Deswegen habe ich vor den Vereinten Nationen deutlich gemacht: Dann können auch zivile Orte ihren Schutzstatus verlieren; weil Terroristen diesen missbrauchen. Dazu steht Deutschland, das bedeutet für uns Sicherheit Israels.»

Die Mischung aus Kälte und Selbstgerechtigkeit – Anständigkeit im Gewand der Härte – ist exemplarisch für einen spezifisch deutschen Typus. Für Baerbock und die politische Klasse ist diese Art der Erfüllung der Staatsräson ein Ruhmesblatt deutscher Geschichte.

Ebenso augenfällig ist die Ticketmentalität, die «Woke», «Postkoloniale», Klima- und Palästina-Aktivisten zu einem gemeinsamen inneren Feind zusammenschaltet, verkörpert durch Greta Thunberg, die einst hochpopuläre Ikone, bis sie die materiellen Zusammenhänge zwischen deutscher Industrie, Klimakrise und Palästina benannte. Die deutsche Presse dämonisierte sie sofort, besonders in einem Schmähartikel des Spiegel im November 2023, und legte dabei ihre demagogische Hässlichkeit offen.

Und schließlich ist da die Berliner Polizei, die sich durch willkürliche Brutalität hervortut. Die Videoaufnahmen der Beamten, die friedliche Demonstranten – darunter Frauen und Kinder – mit Schlägen gegen den Kopf malträtieren und dann zu den wartenden Gefangenentransportern abführen, sind ebenso zahlreich wie erschütternd. Deutsche Behörden würden derartige Szenen zurecht als antidemokratisch und autoritär verurteilen, wenn sie sich in Minsk oder Beijing ereigneten. Stattdessen stellen deutsche Zeitungen die Polizei als Opfer fanatischer Demonstranten dar.

Solche Machtmissbräuche wurden durch eine staatlich zentrierte, selbstzufriedene Geschichtspolitik legitimiert, die sich in den letzten zwanzig Jahren unter dem Banner einer humanistisch verbrämten Erinnerungskultur herausgebildet hat. Jede Kritik am militärischen Vorgehen Israels wird darin als

von «Hass» getrieben ausgelegt, dem man unter dem Leitsatz «Nie wieder ist jetzt» entgegentreten müsse. So wie ihre israelischen Gegenparts betrachten offenbar auch deutsche Behörden die Anti-Genozid-Proteste als genozidal gegen Juden weltweit, weil sie weiterhin in völkisch-ethnischen Kategorien denken. Ob dies aus ehrlicher Überzeugung geschieht oder zynisch instrumentalisiert wird, um muslimische Migranten zu attackieren – die repressive Wirkung bleibt dieselbe. In dieser Umkehrung ist Adornos Maxime «Nie wieder Auschwitz» zum Gegenteil dessen geworden, was er beabsichtigte: zum Werkzeug der Staatsräson statt zum Widerstand gegen sie.

Eine viel zu normative Ordnung

Ein Symptom des Problems ist das Forschungszentrum Normative Ordnungen an der Goethe-Universität in Frankfurt. Vier seiner Mitglieder, darunter Jürgen Habermas, veröffentlichten am 15. November 2023 eine Erklärung mit dem Titel «Grundsätze der Solidarität». Darin verteidigten sie den israelischen Angriff auf Gaza als «prinzipiell gerechtfertigt» und beklagten antisemitische Vorfälle in Deutschland. Dass sie es unterließen, das Vorgehen gegen Demonstrierende oder die exzessive Bombardierung durch die IDF zu kritisieren, knüpfte an die Sorgen von *Student und Politik* über autoritäre und antisemitische Studierende an und legte nahe, dass die heutigen Protestierenden lediglich ein weiteres Kapitel in einer langen Reihe antisemitischer Agitatoren seien.

Man könnte sagen, ihre Stellungnahme sei angesichts der Gräueltaten der Hamas, der Angst vieler Jüdinnen und Juden nach dem 7. Oktober und der Tatsache, dass die israelische Strategie nach fünf Wochen noch nicht in vollem Umfang sichtbar war, verständlich gewesen. Doch selbst mit einer solchen wohlwollenden Lesart wiegt das Problem ihres seither ohrenbetäubenden Schweigens schwer. Es gibt Sünden der Unterlassung ebenso wie Sünden der Tat. Eine vergleichbare Erklärung zu Israels Völkerrechtsverletzungen blieb aus, obwohl die Streitkräfte mindestens sechzigmal mehr Zivilisten getötet haben als die Hamas und damit internationale Gerichte und Menschenrechtsorganisationen auf den Plan riefen. Habermas meldete sich lautstark zu Wort, als es um die Remilitarisierung Deutschlands nach Russlands Angriff auf die Ukraine ging, doch zur deutschen Militärhilfe für Israel hat er anscheinend nichts zu sagen.

Hinzu kommt: Die schlimmsten Bombardierungen ereigneten sich noch vor der Erklärung «Grundsätze der Solidarität». Eine kritische Gegenstellungnahme deutscher Wissenschaftler:innen (die ich mitunterzeichnet habe) ließ nicht lange auf sich warten und wies auf den instrumentellen, repressiven und rassistischen Gebrauch des Antisemitismusvorwurfs gegenüber Anti-Genozid-Protesten hin. Seitdem, so scheint es, können Habermas et al. genozidale Absichten allein der Hamas zuschreiben, während Israels Vorgehen höchstens als «Völkerrechtsverletzung» gelten darf – so formulierte es die Frankfurter Friedensforscherin Nicole Deitelhoff, eine weitere Unterzeichnerin der

«Grundsätze», in einem Interview am 13. Juli 2025. Eine bemerkenswert milde Anwendung normativer Maßstäbe, wenn man bedenkt, dass nur zwei Wochen später sogar israelische NGOs Berichte über den Völkermord in Gaza veröffentlichten, Monate nachdem UN-Vertreter, internationale NGOs und eine wachsende Zahl von Genozid-Forschenden, in Israel wie anderswo, zu eben diesem Schluss gelangt waren. In ihrer unkritischen Fixierung auf Israels permanente Sicherheit reißen die deutsche Intelligenz und die politische Klasse damit die Fundamente der Bundesrepublik ab, die ihre Vorgänger mühsam errichtet hatten: Rechtsstaat, Völkerrecht und eine regelbasierte internationale Ordnung.

Andere Konsequenzen haben jene kritische Theoretiker gezogen, die der Erklärung des Forschungszentrums sofort widersprachen und auf gleiche Solidarität mit der palästinensischen Zivilbevölkerung pochten. Ähnlich die studentischen Aktivisten an der Goethe-Universität, die im Sommersemester 2025 ein eigenes Seminar organisierten, weil – wie sie mir sagten – ihre Professoren keine Veranstaltungen anboten, die ihnen das auf ihren Handys ständig sichtbare Grauen erklärten: «der Livestream-Genozid», bei dem täglich eine Schulklasse Kinder sterben. Ob ich nicht einen Kurs zum Begriff des Genozids anbieten könne, fragten sie. Ich sagte sofort zu und traf auf fast vierzig Studierende, die begierig waren, Texte und Probleme zu diskutieren. Ich ging voller Energie aus dem Seminar und war beeindruckt von diesem Engagement, zugleich aber bedrückt angesichts einer Universität, die sich als Heimat der Kritischen Theorie vermarktet, ihren Studierenden jedoch in dieser Hinsicht wenig anzubieten hat, vereinnahmt von der «Angst, bei irgendwelchen Mächten anzustoßen», wie Adorno über die deutschen Eliten in «Erziehung nach Auschwitz» bemerkte.

Es geht nicht darum, dass die protestierenden Studierenden in jeder Hinsicht recht hätten. Mit manchen ihrer Positionen bin ich nicht einverstanden. Genauso war es bei den Studierenden von 1968. Einige stellten Adorno zur Rede, weil er ihren revolutionären Enthusiasmus zurückwies; sie fanden, er handle nicht im Sinne dessen, was er predigte. Eine winzige Minderheit wandte sich dem Terrorismus zu. Doch insgesamt hatten sie Recht, den Vietnamkrieg, die autoritäre Brutalität der Polizei, die staatliche Zensur und eine willfährige rechte Presse zu bekämpfen, die Gewalt gegen Gegner der damaligen Staatsräson schürte. In den 1980er Jahren hatten sie erreicht, was Habermas optimistisch die «fundamentale Liberalisierung» der Bundesrepublik nannte.

Entscheidend ist, dass die Studierenden, die heute das unermessliche Leiden der Palästinenser in Gaza bezeugen, ein Verbrechen benennen, das die deutschen Eliten nicht nur übersehen, sondern aktiv ignorieren: das Verbrechen jahrhundertelanger kolonialer Besatzung, Ausbeutung, Deportation und Vernichtung, das Nicht-Europäer durch Europäer erlitten haben. «Siedlerkolonialismus» ist eine Kurzformel für diese Einsicht, die das «langsame Sterben» durch die niedrig-intensive Gewalt kolonialer Herrschaft

beschreibt. In eigennütziger Manier haben die deutschen Machthaber diese tief wurzelnde Geschichte vom Holocaust separiert, um ein völlig anderes, größeres Übel zu konstruieren: den Holocaust als gigantisches Hassverbrechen, ausschließlich motiviert durch das einzigartige Ressentiment des Antisemitismus. Er sei der «absolute» Genozid, insistiert Dan Diner und entwirft damit eine politische Theologie für den säkularen Westen: In *Gegenläufige Gedächtnisse* (2007) schreibt er, der Holocaust sei nach der Negation der Aufklärung zu Europas Quelle des Göttlichen geworden. Solche Rechtfertigungen westlicher Überlegenheit können nicht greifen, wenn der Holocaust, wie Raphael Lemkin schon 1944 in seinem den Begriff des Genozids prägenden Buch *Axis Rule in Occupied Europe* darlegte, eine spezifische Ausprägung mörderischer imperialer Expansion war.

Um die Hierarchie des Bösen aufrechtzuerhalten, müssen deutsche Kultureliten und gefügige Akademiker also den «Postkolonialismus» als gleichbedeutend mit terroristischer Propaganda brandmarken, statt sich mit dem historischen Kontext auseinanderzusetzen, der den mörderischen Angriff der Hamas am 7. Oktober erst möglich machte. Dan Diner spekulierte anhand dieser Argumentationslinie, der «Postkolonialismus» stamme aus der pronazistischen antikolonialen Befreiungsbewegung in Indien. In Einklang mit seinen «Grundsätzen der Solidarität» lud Normative Orders Diner im Juli 2024 in seiner Reihe «Frankfurter Schule» ein, um über den Sinn des Kolonialismus zu sprechen: Kritische Theorie als Widerspruch in sich.

«Die brüllen ja nur»

Der Zusammenprall unterschiedlicher Vorstellungen vom Bösen zeigt sich nirgendwo deutlicher als auf den Universitätscampus, wo zarte Bürgerseelen sich vom Absolutismus skandierender Demonstranten angegriffen fühlen: «Die brüllen ja nur», klagen die guten Bürger. Ich frage mich, was sie wohl als gesunde Reaktion auf das in Gaza offen zutage tretende Verbrechen ansehen würden. Einmal ganz abgesehen vom passenden Begriff für ein organisiertes Massenmorden: Der Widerstand gegen dessen Unterstützung durch ihre eigene Regierung ist in Kenntnis der deutschen Geschichte eine Lektion, die die Protestierenden in der Schule gelernt haben. Die Lehrkräfte nennen es «Zivilcourage».

Doch in der deutschen Fehlinterpretation von Adornos «Erziehung nach Auschwitz» springt nicht nur das Fehlen von Zivilcourage beim Schutz der Protestierenden und der elementaren politischen Rechte ins Auge, vielmehr mobilisieren Politiker und Presse auch noch manische soziale Energien gegen sie, und zwar *im Namen eben jener Zivilcourage*. Der gute deutsche Untertan nach dem Holocaust setzt die Staatsräson in selbstgesetzter Pflicht um, wieder einmal erfüllt davon, «als die Norm sich mächtig» zu fühlen, wovor Horkheimer und Adorno 1944 so eindringlich gewarnt hatten. Die Bild-Zeitung brandmarkt Akademiker, die sich für die Protestrechte von Studierenden einsetzen, als

«Universitäter», als wären sie Terroristen. Zugleich schmieden Politiker Pläne, sie zu bestrafen, indem sie Universitäten zu Brutstätten des «Israel-Hasses» erklären, obwohl Studien zeigen, dass gerade Hochschulen die am wenigsten antisemitischen Orte in Deutschland sind. Anstatt sich diesen Fragen zu stellen – oder auch nur zu wagen, sie zu diskutieren – haben sich die Universitätsleitungen in «willige» oder gar schmerzerfüllte Vollstreckerinnen der Staatsräson verwandelt. Sowohl die Universität München als auch die Freie Universität Berlin sagten Veranstaltungen mit der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese ab – letztere sogar nach einer öffentlichen Drohung des Berliner Bürgermeisters. Dies sind nur zwei Beispiele unter vielen abgesagten Veranstaltungen und ausgeladenen einheimischen und ausländischen Wissenschaftler:innen, auch jüdischen, dokumentiert vom Archive of Silence.

Was hätte Adorno dazu gesagt? Ich vermute, er wäre zwiegespalten gewesen: Zwar hätte ihn der Abbau der Wissenschaftsfreiheit beunruhigt, doch seine professorale Abneigung gegen den «Mob», die er mit anderen Emigranten wie Hannah Arendt teilte, hätte ihm womöglich ein gewisses Verständnis für die Behörden abgerungen. Immerhin ließ er Anfang 1969 von Friedeburg die Polizei rufen, als Studierende das Institut besetzten. Adorno war nie in Israel, trotz Einladungen von Gershom Scholem, doch er sorgte sich um sein Schicksal während des Sechstagekrieges 1967. Die Idee eines jüdischen Staats nach dem Holocaust unterstützte er. Für das große Drama der Dekolonisierung in den europäischen Imperien hingegen zeigte er wenig Interesse, noch weniger für deren Theoretiker wie Frantz Fanon. Der Historiker Martin Jay spricht in diesem Zusammenhang von einem «nicht-kolonialen Bewusstsein». Anders, als man vielleicht hoffen würde, gibt es kaum Anhaltspunkte, dass er palästinensische Rechte anerkannt hätte.

Eher lebt heute der Geist eines anderen ehemaligen Institutsmitglieds fort, des in Kalifornien gebliebenen Herbert Marcuse – und zwar in den Lehrenden, die Albanese an ihre Universitäten einluden, in den halbuntergründigen akademischen Netzwerken, die unter Bedingungen der Zensur und Vergeltung operieren, in den jüngeren Kritischen Theoretikern, die sich trauen, das Geschehen in Kategorien von Rasse und Kolonialismus zu erklären, und natürlich in den Anti-Genozid-Protestierenden unter den Studierenden. Sie – und nicht Habermas – verkörpern die utopischen Impulse und das kritische Bewusstsein, nach dem er und seine Mitautoren 1961 unter deutschen Studenten suchten.

Was Adornos fehlgeleitete deutsche Jünger allerdings nicht erkennen wollen, ist, dass sein Verständnis des zeitgenössischen Bösen – manifest in Konzentrationslagern, Tortur als Dauerinstitution und Völkermord – völlig im Einklang mit jenen «postkolonialen» Perspektiven steht, die sie so vehement bekämpfen. Adorno erkannte das Potenzial zum Massenverbrechen in jedem Nationalismus, und er hätte es absurd gefunden, ausgerechnet den jüdischen Nationalismus und seine Umsetzung in Gaza von seiner Analyse auszunehmen.

Auch die Zeichen von Barbarei im heutigen Deutschland hätte er kaum übersehen können: die Zuschreibung kollektiver Schuld an die Bevölkerung Gazas; die groteske Verleugnung einer organisierten Hungersnot; die Wiederkehr von Idealen militärischer Härte; die Ausbreitung des «manipulativen Charakters»; die Heroisierung von Staatsräson und Realpolitik; die manische Obsession der deutschen Behörden, die Anti-Genozid-Proteste «fertigzumachen», indem sie der Polizei freie Hand geben, die Opposition als antisemitisch denunzieren und versuchen, Nicht-Staatsbürger unter ihnen abzuschieben. Was Adorno 1966 entsetzte, ist 2025 noch immer präsent, nun aber gerechtfertigt durch eine perverse Aneignung seiner «Erziehung nach Auschwitz».

Erziehung nach Gaza in Deutschland?

Adornos Herausforderung bestand darin, die «Totalität des moralischen Zusammenbruchs» unter dem Nationalsozialismus anzugehen, wie Hannah Arendt es formulierte: die Verstrickung nahezu aller deutschen Institutionen in Massenkriminalität. Ohne die beiden Fälle gleichzusetzen, müssen wir uns heute fragen, was Erziehung nach Gaza angesichts des moralischen Zusammenbruchs des offiziellen Deutschlands im Angesicht des genozidalen Feldzugs Israels in Gaza und der ethnischen Säuberungen im Westjordanland bedeutet. Dieser Imperativ verlangt eine Auseinandersetzung damit, wie die deutsche Staatsräson seit Adornos Radiovortrag von 1966 eine «Erziehung über Auschwitz» eingerichtet hat. Besonders zu betrachten ist dabei, wie «Nie wieder» in einen Freibrief für israelische Staatsgewalt gegen Palästinenser verkehrt worden ist. Erziehung nach Gaza heißt, «Erziehung nach Auschwitz» endlich richtig umzusetzen und zugleich zu überwinden.

«Ich kann mir selbstverständlich nicht anmaßen, den Plan einer solchen Erziehung auch nur im Umriß zu entwerfen», schrieb Adorno in seinem berühmten Essay, wohl aber könne er «einige Nervenpunkte bezeichnen». Als ich über die Frage einer Erziehung nach Gaza nachdachte, sah ich einen dieser Nervenpunkte im Fernsehen: Der Theologe und ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck brach in der Lanz-Sendung vom 24. Juli 2025 in Tränen aus, als ihm Bilder der organisierten Hungersnot in Gaza gezeigt wurden. Bezeichnenderweise flossen diese Tränen für das idealisierte Israel, das ihn – so empfand er – verlassen hatte, nicht aber für die Zehntausenden palästinensischen Kinder, die es getötet, oder die vielen weiteren, die es für immer verstümmelt hatte. Er weinte um Israel, um seine gekränkten Gefühle, nicht um das Leid von zwei Millionen Zivilisten. Dieses Israel konnte seine Rolle nicht mehr erfüllen, die Deutschen für den Holocaust durch das Geschenk der Freundschaft zu entlasten, denn nur Juden als tugendhafte Opfer, nicht als handelnde Täter, können das leisten. Wenn ein Ereignis die affektive Perversion der heutigen deutschen Erinnerungskultur und Staatsräson auf den Punkt bringt, dann dieses.

Eine weitere Perversion liegt in der Funktion der «westlichen Zivilisation», der Deutschland nach dem Holocaust wieder beitreten durfte, im Gegenzug für die Last der Erinnerung und durch eine enge militärische und sicherheitspolitische Partnerschaft mit Israel. Diese westliche Zivilisation trägt einen rassistischen Zug, wie Israels Premierminister Netanjahu am 16. Oktober 2023 «unseren Freunden in der aufgeklärten Welt» erklärte: «Dies ist ein Kampf zwischen den Kindern des Lichts und den Kindern der Finsternis, zwischen der Menschheit und dem Gesetz des Dschungels» – also zwischen Zivilisierten und Wilden, eine Dichotomie, die implizit, aber unvermeidlich als weiß versus nichtweiß codiert ist.

Deutschland nimmt an dieser Dichotomie insofern teil, als es Israel bedingungslos unterstützt, und die *Staatsräson* ist die Bedingung für die Eintrittskarte Deutschlands in den Westen, wie Eleonore Sterling schon vor sechzig Jahren erkannte. Sie transportiert den traditionellen deutschen Rassismus im Namen einer weiß-europäischen Nation, diesmal aber mit gutem Gewissen: indem Einwanderer für ihr Mitgefühl mit Palästinensern verurteilt werden. Gauck verkörpert diese Subjektivität exemplarisch, wenn er in seinem 2023 erschienenen Buch *Erschütterungen: Was unsere Demokratie von außen und innen bedroht* antirassistische Pädagogik und den «Postkolonialismus» geißelt.

Ein deutscher Soziologe, Wolfgang Eßbach, schlug in dieselbe Kerbe, als er nach angeblichen Feiern anlässlich der Hamas-Gräueltaten am 7. Oktober in Berlin die «gescheiterte Integration» von Migranten beschwor. Diese seien «schwer zu zivilisieren». Als ich ihn fragte, ob der Tod durch zivilisierte Mittel (israelische Bomben) dem durch barbarische (Hamas-Massaker) vorzuziehen sei, verteidigte er Letzteres mit einem Hegel-Zitat: «Irgendwo schreibt Hegel, dass mit der Erfindung des Schießpulvers der individuelle Zorn des Kampfes verschwunden ist. Das Schießpulver hat den geistigen Mut zur Hauptsache gemacht. Dadurch konnte Tapferkeit ohne persönliche Leidenschaft hervorgehen, denn beim Gebrauch der Schießgewehre wird ins Allgemeine hineingeschossen, gegen den abstrakten Feind und nicht gegen besondere Personen.» Abgesehen davon, dass das israelische Töten alles andere als leidenschaftslos war – Israelis schworen von Anfang an auf Rache, Vergeltung, totale Zerstörung und veröffentlichten zahllose Social-Media-Videos, in denen sie ihre palästinensischen Opfer verhöhnten –, war die Zahl der Toten bis dahin schon etwa zehnmal so hoch wie am 7. Oktober. Zivilisierte Gewalt – stets effizienter, wirksamer, umfassender – gilt als hinnehmbar, wenn sie die Auslöschung der Quellen barbarischer Gewalt verspricht, und damit die historische Entwicklung von der Finsternis des Orients ins Licht der Zivilisation steuert.

Diese Argumentationsweisen und Affektstrukturen zeigen, welche Hindernisse einer erfolgreichen Erziehung nach Gaza entgegenstehen. Erziehung nach Auschwitz hat in Deutschland letztlich zu einem partikularistischen statt zu

einem universalistischen Bekenntnis zur Verhinderung von Gräueltaten («Barbarei») geführt. Roma und andere Gruppen, die ebenfalls in Auschwitz ausgebeutet und ermordet wurden, blieben unbeachtet; «Nie wieder Auschwitz» galt nicht ihnen, trotz Adorno. Diese Engführung kulminierte in der Staatsräson, die im Kern bedeutet, dass Deutschland nur die dauerhafte Sicherheit «des jüdischen Volks», wie deutsche Politiker und Journalisten es nennen, garantieren will, ob in Deutschland, in Israel oder weltweit. So formulierte es Baerbock: «Das bedeutet, dass wir alles dafür tun müssen, dass sich Jüdinnen und Juden nie wieder in Todesangst verstecken müssen – weder in Israel noch anderswo.»

Diese partikularistische Lesart Adornos hat zu einer illiberalen Rhetorik geführt, die schwer mit Adornos Grundgedanken vereinbar ist. So schrieb der ehemalige Tagesspiegel-Chefredakteur und Vorsitzende des Deutschen Freundeskreises der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, Stephan-Andreas Casdorff, am 13. Mai 2023, die Deutschen müssten weiterhin an das «Wunder» von Israels Überleben seit 75 Jahren glauben, trotz des Versuchs eines verfassungsfeindlichen Staatsstreichs seiner rechtsextremen Regierung: «Dazu sind Israel und Deutschland aufgerufen, eine Schicksalsgemeinschaft, einzigartig. Das Volk der Täter und der Staat der Opfer, verbunden auf ewig.» Noch am 18. August 2025, lange nachdem die Kriminalität der israelischen Zerstörung Gazas weithin anerkannt und tränenreich eingestanden war, erklärten die Präsidenten der Alexander-von-Humboldt-Stiftung und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD): «Wir stehen in unverbrüchlicher Solidarität an der Seite des Staates, der Menschen und der Wissenschaft in Israel.»

Kinder der Finsternis

In der Praxis meinen deutsche Eliten damit den Schutz von Israelis und von rechten zionistischen, nicht aber von anti- oder postzionistischen Juden, denn nur erstere können die Deutschen mit dem «Geschenk der Freundschaft» zwischen ethnonational verstandenen «Völkern» von Schuld entlasten und so die weiße deutsche Identität bestätigen, während letztere ihre Solidarität mit migrantischen communities gezeigt haben, die ein postweißes Deutschland erahnen lassen. Solidarität und Wärme gelten heute – besonders nach dem 7. Oktober – Israelis und rechten zionistischen Juden; gegenüber Palästinensern und anderen, auch gegenüber jüdischen Menschen, die mit ihnen Empathie zeigen, herrschen Kälte oder gar Feindseligkeit.

Man denke nur an das furchtbare Schicksal des fünfjährigen palästinensischen Mädchen Hind Rajab, das am 29. Januar 2024 in Gaza in einem Auto von 335 Schüssen eines israelischen Panzers getötet wurde, nachdem sie am Telefon verzweifelt um ihr Leben gefleht hatte. In Deutschland ist Hind nahezu unbekannt, während Anne Frank nach Jahrzehnten anfänglicher Vergessenheit zur Ikone der Erinnerung geworden ist. Ihr Bild war in diesem Sommer auf

Plakatwänden in ganz Frankfurt zu sehen, als Werbung für eine Reihe offizieller Gedenkveranstaltungen, organisiert von einem Bildungszentrum, das ihren Namen trägt. Von Hind hingegen gibt es kein einziges Bild, nicht einmal auf den vergilbten Aufklebern an Laternenmasten, dem bevorzugten Ort für aktivistische Botschaften in Deutschland. Gewiss, es ist viel zu früh, offizielle Anerkennung zu erwarten. Doch theoretisch könnte Hinds unerträglicher Hilferuf schon heute gelehrt werden; er ist mit Transkription auf YouTube abrufbar. Deutsche Schulkinder könnten von beiden erfahren.

Dass dieses Szenario unmöglich erscheint, liegt nicht nur am Rassismus gegenüber Arabern. Es gibt zwei weitere Gründe. Hinds Ermordung verkörpert genau jene Art von Verbrechen, die die deutsche Umdeutung der «Erziehung nach Auschwitz» zugleich auslöschen und fortschreiben soll: eine genozidale Vergeltungstat, wie sie in der Kolonialgeschichte allgegenwärtig war. Annes Schicksal hingegen steht für das andersartige, angeblich schwerere Übel: den Holocaust. Der zweite Grund ist eine schreckliche Wahrheit, die kaum ausgesprochen wird. Nach der deutschen Staatsräson wird Hind – wie alle palästinensischen Kinder, die den Genozid überleben – eines Tages eine potenzielle Bedrohung für Juden darstellen. Denn als Palästinenserin gehört sie zu einem kolonisierten Volk, das sein Recht auf Selbstbestimmung nicht aufgeben will.

Nach der perversen Logik der Staatsräson müssen Hinds also aus zwei Gründen sterben: damit sie in einer imaginierten Zukunft keine Annes gefährden können, denn nur wenn die Palästinenser verschwinden, können Juden sich sicher fühlen, sodass Annes heranwachsen und schließlich den Jochens und Katrins für den Holocaust mit dem Geschenk der Freundschaft Absolution gewähren können – um die Ethnostaaten einzigartig und für immer zu vereinen, wie Casdorff es forderte. Hinds bloße Existenz gilt somit als Infragestellung der moralischen Legitimität des jüdischen Ethnostaats Israel und damit seiner Fähigkeit, deutsche Sühne zu transportieren. Dieser Austausch von Absolutionen kann nicht stattfinden, wenn Juden zugleich als Täter und Opfer erscheinen. Darum lehnen Regierung, Polizei und sogar ein SPD-Politiker die bewundernswerte Initiative einiger deutscher Bürgermeister ab, traumatisierte palästinensische Kinder aufzunehmen. Diese Kinder stehen zugleich für ein künftiges Sicherheitsrisiko für Juden und für die gefürchtete «Täter-Opfer-Umkehr», ein deutscher Lieblingstopos, der die gewohnten Binaritäten absichert. Palästinenser stellen eine Bedrohung dar, ob tot oder lebendig, ob jung oder alt, gesund oder versehrt. Sie bleiben Kinder der Finsternis.

Koloniale Kontinuitäten

Da der Holocaust zum Fundament westlicher Moral geworden ist – ein Thema für einen anderen Essay –, können deutsche und europäische Eliten niemandem die volle Menschlichkeit zugestehen, den sie als Bedrohung Israels und damit als Vorboten eines neuen Auschwitz sehen. Für sie verkörpern Palästinenser ein

größeres Nazi-Potenzial als die Deutschen selbst, ungeachtet der Rekordwerte für die AfD. Friedrich Merz machte dies bei einem Besuch im Weißen Haus deutlich, als er nach Antisemitismus in Deutschland gefragt wurde: Er sagte, er sei durch Migranten aus dem Nahen Osten importiert worden. Auf dieser Grundlage dulden westliche Eliten die Zerstörung Gazas trotz breiter Opposition, zerschlagen Protestbewegungen und beschneiden die Meinungsfreiheit, damit Palästinenser Israel nie mehr bedrohen und Juden sich in Europa sicher fühlen können.

Symbolische Gesten – etwa die Anerkennung des Staats Palästina oder die Begrenzung einiger weniger Waffenlieferungen – sollen verhindern, dass das enorme materielle Investment des Westens in seinen strategischen Außenposten im Nahen Osten angetastet wird, während öffentliche Unruhe besänftigt wird. Israel sei die «Avantgarde des Westens», erklärte *Welt*-Chefredakteur Ulf Poschardt. Kanzler Merz entfuhr in einem aufschlussreichen Moment das Eingeständnis, Israel erledige die «Drecksarbeit» des Westens. Wie der australische Anthropologe Ghassan Hage erläutert, entspricht dies einem klassischen kolonialen Muster: Die «saubere» Metropole immunisiert sich gegen die «verschmutzenden» Effekte jener Gewalt, die nötig ist, um den Widerstand gegen ihre stets expandierenden imperialen Grenzen niederzuschlagen. Es ist ein halbes Eingeständnis der kolonialen Voraussetzungen westlicher Existenz: dass ihr Reichtum und ihre Staatsmacht zum Teil das Ergebnis jahrhundertelanger imperialer Expansion sind und dass die israelische Expansion in Gaza und im Westjordanland, bei allen Eigenheiten des jüdischen Nationalismus, in dieser Kontinuität steht. Die deutsche Zusammenarbeit mit dem israelischen Militär- und Sicherheitsapparat läuft im Grunde weiter: Kauf und Verkauf von Militärtechnologie und Austausch von Geheimdienstinformationen. Der volle Sinn dieser westlichen zivilisatorischen Ideologie erschließt sich nur mit einem «kolonialen Bewusstsein».

Jede Einführung eines solchen kolonialen Bewusstseins in die deutsche Erinnerungskultur – selbst wenn es nur darum ginge, die Gedenkstätten um Hinweise auf Kolonialismus zu erweitern – würde mit der staatlichen Auslegung von «Nie wieder Auschwitz» kollidieren. Deshalb hat der neue Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Wolfram Weimer ein neues Gedenkstättenkonzept angekündigt, das koloniale Geschichte ausdrücklich ausschließt und die sakrosankte Einzigartigkeit des Holocaust bekräftigt. Als seine Vorgängerin Claudia Roth vorgeschlagen hatte, die Gedenkstätten um weitere Aspekte deutscher Geschichte zu erweitern, stieß sie auf eine eisige Reaktion. Joseph Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, erklärte: «Wer heute in Deutschland glaubt, das Gedenken und Erinnern an die Schoa müsse in einen größeren Rahmen eingebettet werden, der liegt falsch.» Er hat offensichtlich weder «Erziehung nach Auschwitz» noch die Negative Dialektik gelesen. Aber ohnehin scheinen nur wenige Deutsche wirklich verstanden zu haben, was Adorno ihnen eigentlich sagen wollte.

Risse in der Mauer

Wenn überhaupt, dann hat die öffentliche Bestürzung über die deutsche Gaza-Politik zu einem verstärkten Festhalten an der Staatsräson geführt. Als hätte sie Schuster inspiriert, veröffentlichte eine der Gedenkstätten, die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, ein 57-seitiges Handbuch für ihre Mitarbeiter, in dem palästinensische Antikriegsslogans und Symbole – selbst der Ruf nach einem Waffenstillstand – als antisemitisch neben Neonazi-Parolen und -Symbolen aufgelistet wurden. Als das Dokument im Juli 2025 in sozialen Medien durchsickerte, bestritt die Stiftung den Inhalt nicht, sondern erklärte lediglich, es handele sich um eine «hausinterne Handreichung für Mitarbeitende der Bildungsabteilung und der Security». Direktor Jens-Christian Wagner hatte sich zuvor bereits abfällig über «Postkolonialismus» im Zusammenhang mit dem Holocaust geäußert. Die Instrumentalisierung der Holocaust-Erinnerung zur Rechtfertigung genozidaler israelischer Militärpolitik im Namen jüdischer Sicherheit und deutscher Identität hatte in dem verleumderischen Leitfaden der Stiftung ihre logische Konsequenz erreicht.

In diesem Sinne werden seit Jahren koloniale und postkoloniale Initiativen, die in der deutschen Zivilgesellschaft und Wissenschaft entstehen, sofort attackiert, sobald sie als Bedrohung für die deutsche Staatsräson nach dem Holocaust gelten. Als der Literaturwissenschaftler Michael Rothberg darlegte, dass «multidirektionale Erinnerung» für eine reife Erinnerungskultur unverzichtbar sei, da alle Erinnerungen relational seien, starteten die deutschen Feuilletons Ende 2020 und Anfang 2021 eine Kampagne gegen ihn. Als ich kurz darauf vorschlug, diese Behandlung deute auf den Versuch hin, einen illiberalen «Erinnerungskatechismus» deutscher christlicher Eliten durchzusetzen, die eine kritische Erinnerungskultur adaptiert hatten, um den Erwartungen ihrer wichtigsten Partner gerecht zu werden, schrieb ein prominenter Kritiker in verkehrter Logik, ich müsse wohl von den *Protokollen der Weisen von Zion* sprechen. Nein, es gebe keinen Katechismus, keine Staatsideologie, aber man solle sich gefälligst an unsere Staatsräson halten! Folgerichtig leugnet Kristin Platt, Leiterin des einzigen deutschen Genozidforschungszentrums, des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung an der Universität Bochum, in jüngsten Äußerungen gegenüber der *Zeit*, dass derzeit ein Genozid stattfinde, und isoliert sich damit von der internationalen Genozidforschungsgemeinschaft. Und in diesem Jahr verlor der Historiker Jürgen Zimmerer, der über den Herero-Genozid und seine Verbindungen zu Auschwitz publiziert hat, die städtische Förderung für ein Forschungsprojekt zum kolonialen Erbe in Hamburg.

Zweifellos gibt es Risse in der Mauer der Staatsräson; Politiker und Journalisten sehen durchaus, was die deutsche Öffentlichkeit über Gaza denkt. Doch anstatt der Staatsräson zu widerstehen, wie Adorno es forderte, flicken sie die Risse. Adorno war optimistisch und meinte, dass «Erziehung nach Auschwitz» den

zerstörerischen Direktiven und Wirkungen eines Systems standhalten könnte, dessen barbarische Erscheinungsformen er nur allzu gut verstand. Doch die Verwalter dieses Systems werden sich die Kultur aneignen, selbst Adornos subversive Ideen, um die Opposition niederzuschlagen und ihre eigenen Zwecke zu fördern, einschließlich der Zerstörung Gazas. Nicht nur das deutsche Landvolk, das für die nationalistischen Wähler steht, an die Adorno 1966 dachte, bedarf der «Entbarbarisierung». Entbarbarisierung hätte auch eine politische Klasse nötig, die andere zivilisieren will, selbst aber nicht willens oder in der Lage ist, dem genozidalen Feldzug Israels in Gaza unter dem Banner der Aufklärung entgegenzutreten, geschweige denn, ihn zu stoppen.

auct.: A. Dirk Moses ist Professor für Politikwissenschaft am City College of New York und Herausgeber des Journal of Genocide Research. Sein Essay Nach dem...

transl.: André Hansen ist Literaturübersetzer mit Sitz in Berlin, spezialisiert auf Übersetzungen aus dem Französischen, Italienischen und Englischen ins... [Mehr lesen]

Zeitschrift für
Bücher und Ideen